

Zur Lage von SPD und Gewerkschaften nach der Bundestagswahl

Dr. Hermann Scheer, geb. 1944, Bundestagsabgeordneter,
Mitglied des SPD-Parteirates.

Vergleicht man die innenpolitische Lage des Sommers 1982 mit der gegenwärtigen Lage, so fällt im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Bundesregierung ein Kontrast ins Auge.

Nach den Haushaltsbeschlüssen noch der sozialliberalen Bundesregierung vom Juli 1982 bahnte sich ein „heißer Herbst“ an. In den Gewerkschaften wurde gegen sozial unausgewogene Sparkompromisse mobilisiert, bei denen sich die FDP in unverhältnismäßiger Weise mit ihren Positionen durchsetzen konnte. Als dann im Herbst die gewerkschaftlichen Protestkundgebungen stattfanden, war zwischenzeitlich der Regierungswechsel durch CDU/CSU und FDP vollzogen worden. In den folgenden Monaten - vor wie nach der Bundestagswahl am 6. März - wurden dann weitere haushaltswirksame Beschlüsse und Gesetze von der neuen Regierung bzw. Parlamentsmehrheit beschlossen, die die soziale Unausgewogenheit vergrößerten. Aber die sehr viel größere unsoziale Schlagseite hat anscheinend die gewerkschaftlichen Protestmaßnahmen und -Verlautbarungen nicht schärfer und härter werden lassen. Sie erscheinen eher gedämpfter.

Zunehmend zeigt sich, daß das Wahlergebnis auch eine Niederlage für die Gewerkschaften ist. Mit der neuen Mehrheit veränderten sich nicht nur die Machtverhältnisse, sondern auch das innenpolitische Klima und mit diesen Veränderungen auch die politischen Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften. Diese sind keineswegs größer, sondern sie sind zunächst einmal beeinträchtigt worden. Nicht nur die SPD, auch die Gewerkschaften sind gegenwärtig eher in der politischen Defensive. Trotz des nicht veräußerbaren einheitsgewerkschaftlichen Grundsatzes der parteipolitischen Unabhängigkeit zeigt sich zunehmend, welchen erheblichen Stellenwert für die Gewerkschaften die Frage hat, ob die SPD sich in einer Offensiv- oder Defensivlage befindet und ob sie dabei Regierungs- oder Oppositionspartei ist. Dies ergibt sich vor allem aus der weitgehenden inhaltlichen gesellschaftlichen Nähe und Verwandtschaft gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Grundsatzpositionen, was nicht in Widerspruch zur parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften steht.

Deshalb ist die Frage zu stellen, was SPD wie Gewerkschaften in ihre jetzige Lage gebracht hat. Denn dazu können nicht nur die äußerlichen Faktoren des Regierungswechsels beigetragen haben. Vielmehr müssen die Gründe in den politischen Vorgängen der letzten Jahre liegen; denn die jetzt festzustellende Defensivposition von SPD und Gewerkschaften ist eher die Folge von politischen Entwicklungen der letzten Jahre, die sich dann im Wahlergebnis niederschlugen und dadurch dann vorläufig erst einmal verfestigt wurden.

Das strategische Dilemma von SPD und Gewerkschaften

Wenn die Beobachtung richtig ist, daß die im Sommer 1982 anlaufenden gewerkschaftlichen Aktionen gegen die seinerzeit noch sozialliberalen Haushaltsbeschlüsse eine schärfere Akzentuierung hatten als die gegenwärtigen Aktionen gegen die gegenwärtig sozial noch unausgewogeneren Haushaltsbeschlüsse - dann ist dies nicht in erster Linie damit zu erklären, daß man von der SPD-geführten Bundesregierung eben enttäuschter war, weil die Gewerkschaften ja auch mehr von ihr erwarteten. Eine solche eher psychologische Erklärung trifft nicht den politischen Sachverhalt, wie er sich im Sommer 1982 für die Gewerkschaften stellte. Es waren deshalb auch andere Beweggründe, die die Gewerkschaften im Sommer 1982 zu Protestkundgebungen gegen die damalige Bundesregierung veranlaßten. Der Rückblick darauf ist deshalb hier notwendig, weil er Hinweise auf ein strategisches Dilemma gibt, in dem sich SPD *und* Gewerkschaften im Sommer 1982 befanden, und weil die Grundstrukturen dieses Dilemmas trotz des Regierungswechsels immer noch gegeben sind.

Die Gewerkschaften sahen *erstens* deutlich die Gefahr von Mitgliederverlusten, wenn sie für Haushaltsbeschlüsse der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu Einschnitten am sozialen Netz mitverantwortlich gemacht wurden. Gerade weil die Gewerkschaften mit der SPD in eine besondere Beziehung gesetzt werden, sahen sie sich zu besonders akzentuierter Kritik an der Bundesregierung und an der SPD veranlaßt. Es sollte verhindert werden, daß die Gewerkschaften in den vorhandenen Abwärtstrend der SPD gerieten, wie er durch Umfragen und Landtagswahlergebnisse sichtbar geworden war. Da die SPD ihren Einfluß auf Mitglieder und Wähler aufbauen kann, die Gewerkschaften dagegen in erster Linie ihren Einfluß auf hohe Mitgliederzahlen aufbauen müssen, wurde angenommen, daß Wählerverluste von der SPD leichter wieder aufgeholt werden könnten als Mitgliederverluste der Gewerkschaften. Dies führte zu dem politischen Ansatz, durch betonte gewerkschaftliche Abgrenzung nicht von der SPD-Krise organisatorisch erfaßt zu werden.

Zweitens gingen die Gewerkschaften davon aus, daß die Preisgabe sozialstaatlicher Positionen mit allen Mitteln verhindert werden mußte, da aufgrund der erwartbaren wirtschaftlichen Entwicklung solche Preisgaben keine vorläufigen, sondern endgültige sein könnten. Auch in den Gewerkschaften wurde keineswegs mit einer Rückkehr in die Zeiten des gewohnten Wirtschaftswachstums gerechnet, das dann wieder einen weiteren sozialstaatlichen Ausbau möglich machen könnte.

Drittens: Vor den Konflikt zwischen eigener Identität und Loyalität zur sozialdemokratisch geführten Bundesregierung gestellt, mußten sich die Gewerkschaften für die eigene Identität entscheiden. Dabei ließ das Gefühl, auf die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung eventuell Rücksicht nehmen zu müssen, umso mehr nach, je weniger Chancen der sozialliberalen Koalition noch gegeben wurden. Wie wenig Chancen eine Weiterführung der Koalition tatsächlich hatte, zeigte sich dann bereits im September 1982.

Diese drei Eckpunkte gewerkschaftlicher Politik in der beschriebenen Situation zeigten aber gleichzeitig, wie schwerwiegend das Dilemma der SPD und das der Gewerkschaften war:

Die SPD brauchte die besondere Unterstützung der Gewerkschaften gerade in jener Zeit, in der die Union und maßgebliche Teile der FDP eine wirtschaftsliberale Wende einleiteten und alle wirtschaftlichen Probleme der Bundesrepublik der SPD und ihrer angeblich zu üppigen Sozialstaatspolitik anlasteten. Die Gewerkschaften waren die einzige politische Kraft außerhalb des Parlaments, die die SPD noch stützen konnten. Weil aber die wirtschaftlichen Krisendaten auch zu sozialen Einsparungen zwangen, und weil die SPD von ih-

rem Koalitionspartner zu unausgewogenen Kompromissen und von der Unionsmehrheit im Bundesrat zu noch unausgewogeneren Endergebnissen gezwungen wurde, zu denen sie aber dennoch ihren Kopf hinhalten mußte, konnte sie die Unterstützung der Gewerkschaften nicht mehr in ausreichendem Maße bekommen. Dadurch verschlechterte sich aber die Einflußposition der SPD nochmals gegenüber FDP und Union, so daß sich die Anlässe für gewerkschaftliche Kritik an der SPD-geführten Bundesregierung vermehrten.

Dies war der klassische Fall eines politischen Teufelskreises. Die Gewerkschaften sahen sich um ihrer Identität willen zu Kritik an der SPD gezwungen, um nicht in deren Abwärtssog zu geraten. Weil aber dadurch die SPD im Kräfteverhältnis zur FDP und Union nicht gerade gestärkt werden konnte, hatte sie weniger Möglichkeiten, sozialstaatliche Positionen zu halten. Die Gewerkschaften befanden sich in einer Situation, in der die Ziele der Identitätserhaltung und der Aufrechterhaltung der Sozialstaatssubstanz politisch nicht mehr in Deckung zu bringen waren. Dies vollzog sich in gewisser Zwangsläufigkeit trotz der vorhandenen Aussicht, daß der neue Wirtschaftsliberalismus die Substanz des Sozialstaats demnächst aus einer Regierungsposition angreifen und eine parlamentarische SPD-Opposition dem einflußlos gegenüberstehen würde.

SPD und Gewerkschaften standen also in einem unauflösbaren Dilemma, in dem man nur noch die Wahl zwischen schlechten und noch schlechteren Alternativen hatte, was bei keinem die Handlungskraft belebte. So ist es nicht verwunderlich, daß im Sommer 1982 in der SPD Auffassungen an Resonanz gewannen, um der Identität der Partei *und* des historischen Verhältnisses zu den Gewerkschaften willen sei die Opposition jetzt besser, genährt von der Hoffnung, dann einen neuen, großen Anlauf zu künftiger Regierungsmacht ankurbeln zu können. Und es ist auch nicht verwunderlich, daß nicht zuletzt sozialdemokratische Gewerkschafter zunehmend eine Oppositionsrolle der SPD vorzuziehen begannen, weil sie hofften, so ihre Loyalitätsprobleme zu Partei und Gewerkschaften lösen und besser gegen einen Sozialstaatsabbau einer CDU/CSU-Regierung Front machen zu können. Vielleicht nahmen einige sogar an, daß die Union es sich als Regierungspartei gar nicht leisten könnte, die gewerkschaftlichen Essentials zu mißachten.

Gegenwärtige Defensivposition von SPD und Gewerkschaften aufgrund strategischer Versäumnisse

Nachdem nun der politische Machtwechsel stattgefunden hat, läßt sich schon deutlicher beantworten, ob auf solchen Erwartungen künftige Strategien aufgebaut werden können. Die anfängliche Erleichterung nach dem Regie-

rungswechsel, der wieder zu klareren Konturen führte und viele von persönlichen Loyalitätsproblemen entlastete, ist inzwischen einer allgemeinen Ernüchterung gewichen. Das Bewußtsein gemeinsamer Handlungsprobleme von SPD und Gewerkschaften, die nur gemeinsam gelöst werden können, ist wieder gewachsen. Aber die Lage ist dennoch nicht leichter, sondern schwerer geworden. SPD und Gewerkschaften müssen jetzt erkennen, daß beide in den letzten Jahren einige schwerwiegende strategische Unterlassungen beziehungsweise Vernachlässigungen begangen haben, die überwunden werden müssen, um darauf eine neue offensiv wirkende Handlungsmöglichkeit aufzubauen. Gemeint sind folgende Versäumnisse:

Die öffentliche Wirkungskraft der wirtschaftsliberalen Reideologisierung wurde in den letzten Jahren sträflich unterschätzt, entsprechende Vorwarnungen aus anderen Ländern wurden kaum beachtet. Seit Jahren läuft eine neoliberale Kampagne gegen den Sozialstaat, der angeblich die Bürger bevormunde und entmündige. Die Union ist seit Jahren zunehmend beeinflusst von diesen Ideologien. Die FDP ist inzwischen weitgehend davon erfaßt, ebenso das Gros der Wirtschafts- und nun auch der allgemeinen Presse. Diese Ideologien gelten nicht mehr als reaktionär, sondern als modern. Nicht zuletzt haben die Grünen ihren Anteil an der sozialen Entstaatlichungskampagne. Der Sozialstaat wird dämonisiert, indem man unterstellt, er fresse uns auf, lähme die Wirtschaft, mindere Leistungsbereitschaft und bringe Kreativität zum Erliegen. Genährt wurde dies durch Beispiele ungerechtfertigter Inanspruchnahme von Sozialleistungen, um das Solidaritätsbewußtsein der Arbeitnehmer gegen den Sozialstaat aufzubringen. Man nannte einzelne Beispiele tatsächlichen Mißbrauchs und meinte das System der Sozialleistungen insgesamt. Zunehmend mehr Bürgern leuchtete die Alternative ein, es müsse wieder mehr „Selbstverantwortung“ und unmittelbare Eigenbeteiligung her.

SPD und Gewerkschaften versäumten es, dieser Woge rechtzeitig entgegenzuwirken. So wurde versäumt, rechtzeitig das System sozialer Sicherung kostensparender zu gestalten und einige tatsächliche Mißbrauchswege zu verstopfen, um der neoliberalen Kampagne die agitatorisch wirksamen Stammbeispiele aus der Hand zu schlagen. Verkannt wurde, wie notwendig es gerade für SPD und Gewerkschaften ist, sozial ungerechtfertigte Inanspruchnahmen der Solidargemeinschaft - die ein Verstoß gegen den Solidaritätsgrundsatz sind - überall da zu verhindern, wo es gesetzestechnisch möglich ist. Übersehen wurde, daß dadurch der Sozialstaat gerechter werden kann und damit auch wieder populärer. Zu lange wurden solche Initiativen vermieden, entweder aus politischer Trägheit oder Einfallslosigkeit. Zu sehr wurde befürchtet, mit solchen Einzelkorrekturen würden Eingeständnisse gemacht, daß einige Sozialgesetze tatsächlich überarbeitungsbedürftig seien und damit einige Kriti-

ken bestätigt würden. Zu wenig wurde also zwischen gutwilliger und feindseliger Kritik am Sozialstaat differenziert.

Versäumt wurde aber auch, rechtzeitig eine Gegenkampagne zu eröffnen gegen die hemmungslosen Plünderereien der Staatskasse durch Steuerhinterziehungs-, Abschreibungs-, Subventions- und Zuteilungsmißbräuche von Privilegierten, die den Umfang mißbräuchlicher Inanspruchnahme sozialgesetzlicher Leistungen zahlenmäßig erheblich übersteigen. Der Mißbrauch von Sozialleistungen wurde Stammtischgespräch, aber kaum der wahllos verschreibende und absahnende Arzt, kaum die Bauherrengesellschaften oder die Speseneser. Erst im Sommer 1982 erschien die Dokumentation des SPD-Finanzministers von Nordrhein-Westfalen über Millionäre, die keine Steuern zahlen; so etwas fehlte seit Jahren. Bis heute müssen sich sozialdemokratische und gewerkschaftliche Funktionäre solche Beispiele mühsam zusammensuchen, weil es z. B. nirgendwo ein „Schwarzbuch“ gibt, das diejenigen in die politische Zange nimmt, die laut von Sparen und Anspruchsminderung reden und sich am Staat hemmungslos bereichern, zusätzlich sogar gefördert werden durch weitere Steuerentlastungen der neuen Regierung für „investitionswillige“ Gruppen.

Versäumt wurde es, der Staatsschuldenkampagne mit einleuchtenden Argumenten zu begegnen. Die Problematik durch internationale Zahlenvergleiche aufzuzeigen reichte angesichts der den einzelnen Bürger betäubenden Summen nicht aus. Zunehmend gerieten SPD und Gewerkschaften in Mißkredit, sie seien verantwortungslose zukunftsblinde Schuldenmacher, denen man auf ihrem Holzweg von immer mehr Schulden die Volkswirtschaft nicht länger anvertrauen dürfe. 1969 hätte die SPD gesunde Staatsfinanzen übernommen und jetzt ein Fiasko verursacht - kein Zweifel, daß diese Argumente auch bei vielen Arbeitnehmern so ankamen.

Das einzige, was dem entgegengesetzt werden mußte, wird bis heute zu wenig oder zu kleinlaut gemacht: die Klarstellung, was mit dem Geld gemacht wurde; daß nicht zuletzt deshalb so viel Schulden gemacht wurden, um verhängnisvolle Unterlassungen früherer Unions-Regierungen aufzuholen; daß ein weiteres Aufschieben dieser Unterlassungen immer teurer geworden wäre. Es mußte und muß in plastischen Zahlen klargestellt werden, wieviel öffentliche Mittel im Vergleich zu früher ausgegeben wurden für dringenden Nachholbedarf in der Bildungspolitik und der Forschungsförderung, im Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur und in der Umweltpolitik, und nicht zuletzt für Beschäftigungsprogramme, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Ohne solche Klarstellungen laufen Forderungen der SPD und der Gewerkschaften nach weiteren Beschäftigungsprogrammen eher ins Leere.

Versäumt wurde auch, die öffentlichen Zangenangriffe der Union gegen die Gewerkschaften wirkungsvoll abzuwehren:

- Einerseits wurde systematisch die These vom zu großen Einfluß der Gewerkschaften auf die Bonner Politik („Gewerkschaftsstaat“) aufgebaut, ohne daß dem ausreichend entgegengehalten wurde, wie unverhältnismäßig groß die Einflüsse von wirtschaftlichen Interessengruppen auf staatliche Entscheidungen in Bund, Ländern und Gemeinden sind. Nicht zu übersehen ist das fast einzigartige Machtkartell, das die Wirtschaftsverbände in den letzten Jahren bildeten - im öffentlichen Bewußtsein wird es aber übersehen, weil viel zu wenig darauf hingewiesen wird.

- Andererseits wurden die Gewerkschaften ständig verhöhnt, und es wurde gegen sie gestichelt, sie würden aus Kumpanei mit der SPD-geführten Bundesregierung diese zu sehr schonen und dies zu Lasten ihrer Mitglieder. Innergewerkschaftliche Kritik etwa gleichlautender Art bestätigte dies ungewollt. Gewerkschaftsführungen gerieten damit zunehmend in einen inneren und äußeren Druck, doch mehr Front gegen die SPD-geführte Bundesregierung zu machen. Dabei wäre es nicht schwer gewesen, alle diese Verdächtigungen zu widerlegen, weil die Loyalität der Gewerkschaften zur SPD in der Regierung durchaus gewerkschaftlichen Interessen entsprach. Denn zahllose gewerkschaftliche Forderungen sind seit 1969 gesetzlich verankert worden. Wieviel dies ist, zeigt sich ja gerade daran, wie vehement dieses jetzt verteidigt werden muß. Manche, die diese Gesetzesleistungen geringschätzten oder für selbstverständlich hielten, merken erst jetzt, wieviel diese wert sind, wenn für ihre Erhaltung gekämpft werden muß.

Die Unterschätzungen, Versäumnisse und Vernachlässigungen haben wesentlich zu der jetzigen verworrenen Lage von SPD und Gewerkschaften beigetragen. Die Folgen sind:

- Die Sozialstaatsposition von SPD und Gewerkschaften wurde in die Defensive gedrängt. Das öffentliche Augenmerk liegt auf dem Abbau des Sozialstaats, kaum auf dem Abbau privilegierter Interessenpositionen.

- Die SPD wird zum allgemeinen Sündenbock für alle tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlentwicklungen, bis zum Höhepunkt der Erblastkampagne, die noch lange Zeit als Ausrede für Unterlassungen der neuen Regierung geführt werden wird.

- Die Union ist der eine große Krisengewinnler, obwohl sie mit ihrer Mehrheit im Bundestag und im Vermittlungsausschuß, mit ihren aktuellen Wähler-

folgen und Umfrageergebnissen im Rücken seit Jahren schon eindeutig mehr innenpolitische Macht besaß als die SPD. Sie konnte sich im öffentlichen Bewußtsein bisher um jede Verantwortung, die sie faktisch hatte und hat, herumdrücken.

- Der zweite große Krisengewinnler sind die sozial Privilegierten, Unternehmer- und Wirtschaftsverbände. In der Ideologiegeschichte des Kapitalismus ist es fast einmalig, daß diese in einer der umfassendsten und langanhaltendsten Wirtschaftskrise des Industriezeitalters fast außerhalb jeglicher öffentlicher Kritik stehen und das Image haben, als kümmerten sie sich mit allen Kräften um das allgemeine wirtschaftliche Wohl, während dieses SPD und Gewerkschaften durch unverantwortliche Forderungen gefährdeten.

- Obwohl SPD und Gewerkschaften für die von ihnen vornehmlich vertretenen Interessen bereits mehrfach zu Krisenopfern bereit waren, stehen sie als diejenigen da, die noch keine Einsicht in die neue wirtschaftliche und finanzpolitische Lage hätten - diejenigen dagegen, die noch keinen Gemeinschaftsbeitrag leisteten, können sich schamlos brüsten, sie hätten die Zeichen der Zeit erkannt.

Die Folgen sind ein geradezu phantastischer öffentlicher Wirkungserfolg der Union, eine fast beispiellose politische Gespenster-Aufführung, die Entwicklungen, Tatsachen, Positionen und Verantwortlichkeiten teilweise auf den Kopf stellt, ein propagandistischer Erfolg ständiger öffentlicher Gehirnwäsche - und bei SPD wie auch Gewerkschaften das Fehlen eines geeigneten Gegenbildes, das sich auf Mitglieder, Wähler und Anhänger übertragen hat. Ohne die genannten Versäumnisse wäre das Wahlergebnis vom 6. März undenkbar gewesen.

Bleibt es dabei, muß dies die SPD weiter schwächen, und es ist abzusehen, daß aufgrund dieses Vorganges von historischer Bedeutung nach einer Niederlage der SPD auch weitere Niederlagen der Gewerkschaften das wahrscheinlichste sind. Bleibt es bei der beschriebenen Konstellation, dann wird die SPD auch in der Opposition weiter in der Defensive bleiben. Da die gegenwärtigen wirtschaftsliberalen Offensivkräfte mit ihren Angriffen nicht die formale SPD, sondern deren sozialstaatliche Zielsetzung meinen, spricht alles dafür, daß deren Muster voll auch gegenüber der SPD-Opposition *und* gegenüber den Gewerkschaften fortgesetzt werden.

Im Gegensatz zur Union vor 1969 ist die heutige Union zu einer wirtschaftsliberalen Partei geworden. Nicht nur, daß der Einfluß der Sozialausschüsse verschwindend gering gegenüber den 50er und 60er Jahren ist; nicht nur, daß

die Wirtschaftsverbände unvergleichlich ideologisch formierter sind als früher. Die Union führt ihre Wählerzustimmung auf ihr neues ideologisches Konzept zurück und fühlt sich darin voll bestätigt. Was liegt da für das gesamte politische Wirtschaftskartell näher, als die Gunst der Stunde zu nutzen, die Schwächeperiode der SPD und der Gewerkschaften auszunutzen durch Abbau sogenannter „investitionshemmender Vorschriften“ und „leistungsfeindlicher Steuergesetzgebung“. Weder SPD noch Gewerkschaften können dies mit dem geschwächten parlamentarischen Arm der SPD vorläufig verhindern. Das in den vergangenen Jahren vernachlässigte Gegnerbild und nicht ausreichend vorhandene Gegnerbewußtsein läßt sich nicht von heute auf morgen öffentlich abbauen.

Ohne Aufholen der Versäumnisse kann die Union möglicherweise Jahre relativ unangefochten regieren und alle ihre Fehlentwicklungen und sozialpolitische Zumutungen damit begründen, es gelte erst einmal wieder gründlich aufzuräumen, weil die SPD mit ihrer sozialistischen Mißwirtschaft einen beispiellosen „Saustall“ hinterlassen hätte.

Vor allem aber: die Union wird dabei versuchen, SPD und Gewerkschaften ins offene Messer laufen zu lassen. Wenn sich gewerkschaftliche Proteste außerhalb des Parlaments radikalieren würden, so ist die öffentliche Atmosphäre angesichts breiter werdender Arbeitslosigkeit nicht günstig. Wenn gar Tendenzen zunehmen würden, in Aussagen und Forderungen verstärkt wieder zu traditionellen Klassenkampf-Ideen zurückzukehren, so wäre sogar eine gewisse öffentliche Isolierung von SPD und Gewerkschaften zu erwarten. Die soziale Basis dafür ist aufgrund des Rückgangs der Zahl der gewerblichen Arbeitnehmer, ideologischer und kultureller Veränderungen wesentlich enger geworden. Dies bliebe wahrscheinlich nicht ohne negative Rückwirkungen auf Mitgliedschaft und Kampfkraft der Gewerkschaften. Wie schnell Radikalisierung zugleich Einflußverlust bedeuten können, gerade nach einer mehrheitlichen Machtübernahme des Neokonservatismus, zeigt das britische Beispiel - für Partei wie Gewerkschaften.

Schwerpunkte eines neuen strategischen Konzeptes

Was also tun? Die Schwerpunkte des neuen strategischen Konzeptes ergeben sich aus den beschriebenen Gefahrenquellen:

Erstens: Die Oppositionsrolle der SPD trägt mehr Gefahren als neue Möglichkeiten in sich, weil dies die Unterlassungen der letzten Jahre nicht aufhebt, sondern auch längere Zeit die Probleme eher vertiefen könnte. Die SPD darf sich nicht innerlich auf eine lange Oppositionszeit einstellen wollen und davon

ihr Verhalten bestimmen lassen, sondern muß sich als aktuell regierungsfähige Alternative behaupten und bewähren.

Zweitens: Der Kampf von SPD und Gewerkschaften gegen den Ausverkauf des Sozialstaats wird nur erfolgreich werden können, wenn vor allem die grundlegende politische Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsliberalismus der Union und der FDP sowie den sie tragenden gesellschaftlichen Kräften gesucht wird, also denen, die sich den politischen Bemühungen um soziale Ausgewogenheit und Vollbeschäftigung ideologisch widersetzen. Der tatsächliche gesellschaftspolitische Gegner muß identifiziert werden. Dies müssen SPD und Gewerkschaften zusammen leisten.

Drittens: SPD und Gewerkschaften müssen vor allem eine breit angelegte Kampagne für soziale Gerechtigkeit eröffnen. Das handlungsleitende Ziel dafür ist die Solidarität. Unsolidarisches Verhalten, Bereicherung an der Gemeinschaft muß offensiv gebrandmarkt werden. Die SPD muß sich selbstbewußt gegen die gespenstische Propaganda der Kräfte des Wirtschaftsliberalismus zur Wehr setzen. Zur Solidaritätskampagne gehört auch, solche Korrekturen des sozialen Netzes vorzuschlagen, die den Sozialstaat sozial gerechter und in sich glaubwürdiger machen können, also eine bessere sozialpolitische Trefferwirkung erzielen. Der Spielraum dazu ist nicht ausgeschöpft. Zum sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Solidaritätsgrundsatz gehört es, sich solche Initiativen nicht aufdrängen zu lassen, sondern von sich aus hierbei aktiv zu werden.

Viertens: Neue gesellschaftspolitische Initiativen sind zu ergreifen und vor allem besser herauszustellen. So ist eine Initiative zur kollektiven Vermögensbildung erforderlich als Alternative zur Verstaatlichung und zur privaten Bankenmacht. Im Bewußtsein von SPD und Gewerkschaften rangierte eine solche Initiative bisher unter ferner liefen. Vermögensbildungsinitiativen müssen aus der zweiten Linie herausgeholt werden. Das gleiche gilt für die politischen Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung und zur Mitbestimmung, insbesondere zur innerbetrieblichen Mitbestimmung im Zusammenhang mit den neuen Rationalisierungstechnologien .

Die Gewerkschaften haben zwischen 1969 und 1980 große Erfolge errungen. Bis 1980 hatten sie Erfolge in der Reallohnsteigerung wie nie zuvor. Zwischen 1960 und 1970 betrug ihr Mitgliederzuwachs 1,6 Prozent, zwischen 1970 und 1980 21,6 Prozent. Dies erfolgte, obwohl sie in ihrer originären Kampffähigkeit nicht die Unabhängigkeit aufgaben: Zwischen 1969 und 1978 gab es beispielsweise so viel Streiktage wie zwischen 1949 und 1968. SPD-Regierungsmacht und die Voraussetzungen für gewerkschaftliche Erfolge und Kampffä-

higkeit stehen in einem engen Zusammenhang. Auch zwischen Mißerfolgen der SPD und der Gewerkschaften bestehen diese zeitlichen Zusammenhänge gewissermaßen unweigerlich. Ohne Beachtung dieser Zusammenhänge wird es wohl keine neue Offensivstrategie von SPD und Gewerkschaften geben. Deshalb gilt es, in vollem Bewußtsein der wechselseitigen Bedingtheit die gemeinsame strategische Herausforderung in den verschiedenen Rollen und Handlungsmöglichkeiten zu erkennen.